

die Entscheidung

1 A 2672 E



7

16. Jahrgang
Juli 1968
Postverlagsort Aachen

Verratene Zukunft



Pffft! ...



Zeichnung: Rudolf Schöpfer

INHALTSVERZEICHNIS

Echo	4	Das politische Buch	18
Junge Union	5	Der Zwischenruf	22
Der Kommentar	8	Die Kolumne	23
Dokumentation: Prag	14	Informationen	36
Sträflichter	16	Wirtschaft	40

Meinung und Report

Keine Gemeinsamkeit	9
Beruhigung für die Jusos?	9
Ost-Berlin testet Bonner Selbstbewußtsein	10
Lehrergewerkschaft für Beamtenstreikrecht	11
Wehrgerechtigkeit gibt es noch nicht	11
Großbritannien kein Weltbankier mehr	12
Der Kaiser der Franzosen regiert allein	13
Amnestieren oder richten?	11
Moskau schwankt noch, von Karel Novak	13

Themen des Monats

Verratene Zukunft, von Christoph Attendorf	19
Die Wahlverwandten, von Gerhard Reddemann	24
Tod droht Biafra, von Jan Swart	28
Ins Horn gepetzt, von Roger Schmitt	30
Rauschgiftsucht wächst, von Dr. F. W. Schlomann	32
Strafgesetz zum Klassenkampf, von Dr. Albrecht Zorn	34

HINWEISE ZUM INHALT

■ **Christoph Attendorf** nahm die Einführung eines Berufsbildes für „Ingenieurökonom“ durch die Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz zum Anlaß, sich mit den „Futurologen“ auseinanderzusetzen, die aus marxistischer Sicht Zukunftsbilder in die Gegenwart projizieren. („Verratene Zukunft“, Seite 19)

■ **Gerhard Reddemann** beschäftigt sich mit den augenblicklich diskutierten Wahlsystemen, vergleicht sie miteinander an den Ergebnissen von 1965 und hält es für unmöglich, daß die SPD einem relativen Mehrheitswahlrecht, dem harmonisieren den Mehrheitswahlsystem und den sogenannten Vierer-Kreisen zustimmt. („Die Wahlverwandten“, Seite 24)

■ **Jan Swart**, Afrikakenner von Algier bis Kapstadt, besuchte Biafra und erforschte an Ort und Stelle die Vorgeschichte des trotz aller Friedensbemühungen weiter grausam geführten Bürgerkrieges. Sein Facit: „Das ist Völkermord“. („Tod droht Biafra“, Seite 28)

■ **Roger Schmitt** untersuchte die Lage der kommunistischen Gewerkschaften in den Staaten des Warschauer Paktes und ihre Abhängigkeit von den Kommunistischen Parteien. Angesichts der Kontaktversuche des DGB stellt er die Frage, wie man erwarten könne, daß freien Gewerkschaften aus diesen Organisationen ernsthafte Gesprächspartner entstehen. („Ins Horn gepetzt“, Seite 30)

■ **Dr. F. W. Schlomann** ging dem in letzter Zeit sprunghaft gestiegenen Rauschgiftverbrauch nach und stieß dabei u. a. auf die aufschlußreiche Feststellung, daß der chinesische Diktator Mao Tse Tung einen Großteil der Propaganda im Ausland durch Rauschgift finanziert hat. („Rauschgiftsucht wächst“, Seite 32)

■ **Dr. Albrecht Zorn**, Ministerialrat im Bundesjustizministerium, analysierte das am 1. Juli in Kraft getretene Strafgesetzbuch der „DDR“ und kommt zu dem Ergebnis: die Frontstellung gegen die Bundesrepublik Deutschland und die Abwehr aller Versuche einer gesamtdeutschen Annäherung sind als gegenwärtiger politischer Kurs des „DDR“-Regimes in das StGB eingegangen. („Strafgesetzbuch zum Klassenkampf“, Seite 34)

Rolf Seeliger

DIE AUSSER-PARLAMENTARISCHE OPPOSITION

■ „Nur ein politisches Bewußtsein, das durch die Auseinandersetzung zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften wachgehalten wird und die außerparlamentarische Opposition als integrierenden Bestandteil der parlamentarischen Demokratie begreift, kann verhindern, daß der Prozeß der Demokratisierung erstarrt“, schreibt Rolf Seeliger am Ende seiner „Politischen Bilanz“.

Dieser Schlußsatz des ersten Teils seines Buches, in dem der Autor die Außerparlamentarische Opposition in politischer Gesamtschau zu behandeln versucht, hätte auch am Anfang seiner Ausführungen stehen können, denn der „Versuch einer politischen Bilanz“ basiert auf dem Postulat von Karl Jaspers, daß durch private Initiative politische Organisationen geschaffen werden sollen, die weder von den Parteien beeinflußt noch selber Parteien sind.

Ob es in einer von Parteien getragenen Demokratie sinnvoll ist, daß politische Gruppen entstehen, deren Ziel ausschließlich der außer- bzw. anti-parlamentarische Protest sein soll, wird nicht untersucht. Eine solche Fragestellung scheint dem Verfasser nicht notwendig zu sein. Er identifiziert sich eher mit den Gedankengängen Sebastian Haffners, von denen er zitiert: „Wenn in einem Land wie in der Bundesrepublik in den letzten zwei, drei oder vier Jahren — vorher gab es das nämlich kaum — Studenten auf die Straße gehen und Gewerkschaften und Professoren sich in Massen wie in Frankfurt versammeln, dann ist das doch mindestens ein Symptom dafür, daß im ‚Establishment‘, in der Normalordnung, etwas fehlt, etwas nicht stimmt. Und es sollte doch für die Parteien ein Grund sein, sich zu fragen, ob sie ihre Sache gut genug und richtig gemacht haben . . .“

■ Mit solchen Zitaten schaut Seeliger zwar manchem aufs „Maul“, geht aber

am Kern der eigentlichen Problematik vorbei. Denn das Problem der in den letzten Jahren gebildeten Gruppen, die außerhalb des Parlaments agitieren wollen, liegt nicht in deren Rechtfertigung sondern angesichts des Bestehens dieser Gruppen in der Frage nach einer dauerhaften Funktionsfähigkeit unserer Demokratie, als deren freiheitlichste Form sich bis heute die Parteiendemokratie herausgebildet hat.

Wenn Seeliger diese Fragestellung seiner Arbeit zugrundegelegt hätte, wäre er sicher zu dem gleichen Ergebnis gekommen, das Ernst Benda in einem abgedruckten Brief andeutet.

„Ihrer allgemeinen Frage, ob ein Mangel an innerparteilicher Demokratie die Bildung außerparlamentarischer Gruppen begünstigt“, schreibt Benda, „kann ich natürlich nur zustimmen, ohne damit Ihre Unterstellung teilen zu wollen, daß ein solcher Mangel an innerparteilicher Demokratie wirklich besteht. Für meine Partei, die CDU, gilt dies nach meiner Überzeugung nicht, während ich die Verhältnisse in der SPD insoweit nicht beurteilen kann. Schließlich halte ich nach wie vor die Aufgabe der politischen Parteien in einer parlamentarischen Demokratie für die entscheidende Funktion. Es bedeutet aber keinen Gegensatz hierzu, wenn ich zugleich der Meinung bin, daß Gruppen außerhalb der Parteien keinen Beitrag zur Meinungs- und Willensbildung leisten können.“

Seeliger steht indessen der Arbeit der parlamentarischen Parteien im Grunde genommen negativ gegenüber. Er gibt der außerparlamentarischen Meinungs- und Willensbildung den Vorrang und unternimmt es, mit Hilfe eines an sich richtigen Ausspruchs von Jürgen Habermas („Die studentischen Proteste bringen oft genug erst zu Bewußtsein, was die offiziellen Instanzen unabsichtlich oder auch mit Vorsatz aus dem politischen Bewußtsein ihrer Bürger aussperren und vielleicht sogar aus ihrem eigenen Bewußtsein verdrängen. . . Oft waren es erst Studentenproteste, die politische Ereignisse, welche zum innenpolitischen Hausgebrauch als Konsumware abgepackt wurden, in die theoretische Perspektive hereingerückt haben, ohne die sie als politische Ereignisse gar nicht begriffen werden können . . .“) auch das antiparlamentarische Treiben verschiedener weit außen stehender Oppositionsgruppen zu rechtfertigen. Eine positive

Lösung des Problems bleibt Seeliger daher seinen Lesern schuldig.

■ Dementsprechend enthält das Buch verschiedene sehr polemische und subjektiv-tendenziöse Passagen, die die Frage berechtigt machen, ob es zur objektiven Klärung beitragen kann.

Nützlich an dem Band ist der zweite Teil, und zwar wegen der dort zusammengefaßten 24 Portraits oppositioneller Gruppen. Sie stellen eine Auswahl typischer Gruppierungen dar. Zu wünschen wäre jedoch, daß der Herausgeber bei einer von ihm erwogenen zweiten Auflage oder bei einem Ergänzungsband die Portrait-Reihe fortsetzt und dabei den Blick auch auf Gemeinschaften etwa im kirchlichen Raum lenkt, die mit offiziellen Stellungnahmen zu politischen Fragen an die Öffentlichkeit treten.

Als Drucksache des Abgeordnetenhauses von Berlin ist jetzt unter der Nummer 442 die „2. (abschließende) Beschlussempfehlung des 1. Untersuchungsausschusses — V. Wahlperiode — vom 3. Juli 1968 zum Antrag der Fraktion der FDP über Einsetzung eines Untersuchungsausschusses“ erschienen. Hinter dem langen Namen verbirgt sich der Bericht über die Studentenunruhen, den das Parlament nach den Ereignissen vom 2. Juni angefordert hat. Trotz der teilweise merkwürdigen Färbung, den die Ausschlußmehrheit etlichen Tatbeständen angedeihen ließ, gehört die Untersuchung in die Hand vor allem jedes Kulturpolitiklers.

Klaus-Wilhelm Lege

Hinweis

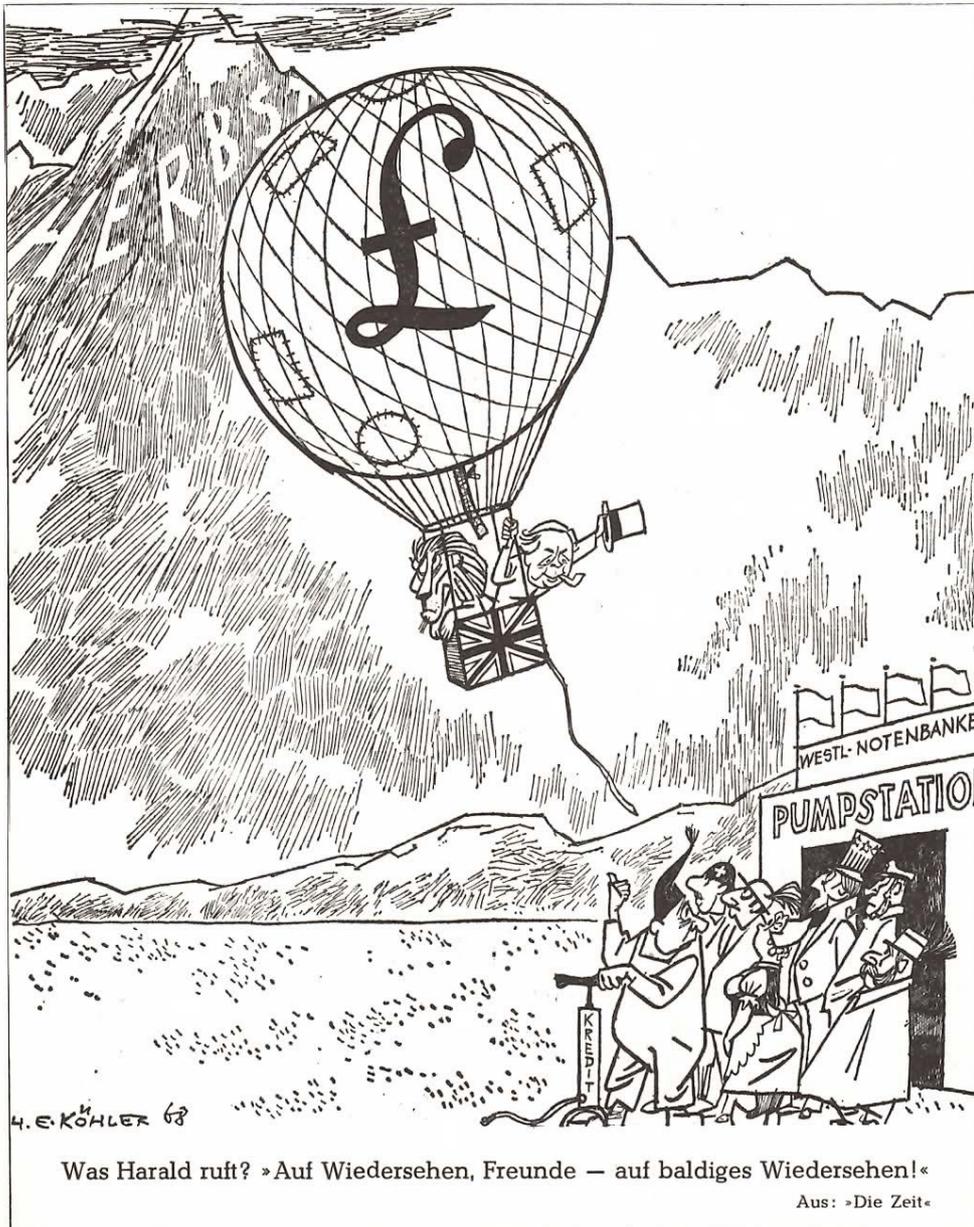
Als eines der überflüssigsten Bücher des Jahres hat sich Jacques Servan-Schreibers rororo-Band „Frankreich steht auf“ erwiesen. Es lebt von in den Tag hineingeschriebenen phraseologischen Formulierungen, weiß keine Erklärung für die Mai-Unruhen und wurde durch eine große Satz-Type, durch übergroße Zeilenabstände und Auszüge aus Schreibers „Amerikanischer Herausforderung“ überhaupt erst auf Buch-Format gebracht. Wenn die französische Linke schon nichts bei den Unruhen gewonnen hat, wollte der linkstendierende Rowohlt-Verlag wohl wenigstens aus ihrem Kampf Gewinn einstreichen.

WIRTSCHAFT

Bereich der mittelständischen Industrie ebenfalls in München eine Nachahmung gefunden.

■ Auf einem Gelände der Bundesbahn ist in München bereits teilweise ein Euro-Großindustriepark in Betrieb genommen worden. Eine Dach-GmbH hat das Gelände erschlossen und an interessierte Firmen

weitervergeben. Inzwischen haben 70 Betriebe Erbbaurechtsverträge abgeschlossen. Darunter befinden sich Handels-, Dienstleistungs-, Produktions- und Lagereibetriebe, die besonders frachtintensiv sind und deshalb an den Eisenbahnanschlüssen interessiert waren. Bis 1970 soll der gesamte Industriepark betriebsbereit sein.



die Entscheidung

Stimme der jungen Generation

Nr. 7 Juli 1968 16. Jahrgang

Herausgeber	Dr. Lothar Kraft Bundessekretär der Jungen Union Deutschlands
Chefredakteur	Gerhard Reddemann
Redaktionelle Mitarbeiter	Karl Lamers (Innenpolitik), Wulf Schönbohm (Kulturpolitik), Winfried Tromp (gesamtdutsche Politik), Dr. F. W. Schimann (Reportage), Klaus-Wilhelm Lege (Junge Union), Paul Wildanger (Fotos).
Titelbild	Paul A. Wohlrab
Layout	Heinz Stollenwerk
Verlagsleitung	Ferdinand Weidenfeller
Vertriebsleitung	Hans-Georg Weiss
Anzeigenverwaltung	Jungschaffer-Zeck
Verlag	Bundessekretariat der Jungen Union Deutschlands 53 Bonn, Friedrich-Wilhelm-Str. 1 Telefon 75 85
Herstellung	Buch- und Offsetdruckerei Jacob Weiss, Monschau/Eifel



Artikel, die mit dem Namen des Verfassers versehen oder gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Landesbeilagen erscheinen unter ausschließlicher Verantwortung des herausgebenden Landesverbandes. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Vierteljährlicher Bezugspreis 3,60 DM. Anzeigenpreislste Nr. 4 vom 1. 1. 1967.